



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 05/2013

Gehaltssteigerung von 6,5 Prozent voll und ganz gerechtfertigt

Kreis Bergstraße. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht sich bestätigt. Sie warnte vor der Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die hessische Verfassung und betonte, dass es sich um einen Freifahrtschein handelt, um Sozialabbau weiter voranzutreiben, Investitionen zu verhindern und Gehälter möglichst niedrig zu halten. Dieses Thema blieb nicht unerwähnt bei der Kundgebung in Frankfurt im Rahmen des Warnstreiks der angestellten Lehrkräfte, zu dem die GEW aufgerufen hatte. Mit dabei war auch der GEW-Kreisverband Bergstraße.

„Was wir gerade erleben, das sind die Bremsspuren dieser Schuldenbremse. Wie befürchtet, dürfen wir nun das Ganze ausbaden, während an anderer Stelle das Geld weiter mit vollen Händen rausgeschmissen wird“, so GEW-Landesvorsitzender Jochen Nagel. Die Forderung von einer Gehaltssteigerung von 6,5 Prozent sei voll und ganz gerechtfertigt, zumal die Einkommensentwicklung der Lehrkräfte kaum mit der Inflation Schritt gehalten habe und hinter der Tarifentwicklung in anderen Bereichen deutlich zurückgeblieben sei.

Außerdem sei die Gehaltssteigerung nötig, um die Möglichkeit zu schaffen, den Binnenkonsum anzukurbeln. „Es ist notwendig, dass in unserer Volkswirtschaft der Binnenkonsum gestärkt wird und man sich endlich abwendet von dem Fokus auf eine aggressive Exportpolitik, die die anderen Länder in die Armut treibt“, unterstrich Nagel. Der Landesvorsitzende sparte zudem nicht mit Kritik an der hessischen Landesregierung. Eine Art Etikettenschwindel sei in der Zwischenzeit schon an der Tagesordnung. Als Beispiel nannte Nagel den Entwurf für das neue Kinderförderungsgesetz, in dem die GEW massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und eine Verschlechterung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausmacht: „Das wird dann auch noch Kinderförderungsgesetz genannt. Bei dieser Landesregierung muss man einfach das Gegenteil nehmen von dem, was drauf steht, dann weiß man, was drin ist.“

Ein weiterer zentraler Punkt, auf den bei der Kundgebung aufmerksam gemacht wurde, ist die Situation der Lehrkräfte mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Die Befristung von Verträgen sei in den vergangenen Jahren ausgeufert. Zwar sollen die Arbeitsverhältnisse in der Regel unbefristet sein, dem ungeachtet seien inzwischen aber rund zwei Drittel der angestellten Lehrer befristet beschäftigt. Dies müsse dringend verändert werden, weshalb von der GEW auch zur Verbesserung der pädagogischen Kontinuität der Aufbau einer fest angestellten „Vertretungsreserve“ gefordert wird, die in anderen Bundesländern inzwischen auch längst üblich ist.

Überdies machte die Gewerkschaft deutlich, dass sie jede Kürzung der bisherigen Urlaubsansprüche von sozialpädagogischen Fachkräften ablehnt. Da das Land Hessen die bisherigen Urlaubsregelungen des Tarifvertrags gekündigt hat, wird befürchtet, dass dort der Rotstift angesetzt werden soll. Aufgrund der Anrechnung der Ferienzeiten auf die wöchentliche Arbeitszeit hätte dies bei sozialpädagogischen Fachkräften an Schulen besonders heftige Folgen.

Die GEW unterstreicht zudem, dass das Tarifergebnis der Angestellten zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen wird. Außerdem werde es Zeit, dass die bereits im Jahr 2009 beschlossene tarifvertragliche Arbeitszeit von 40 Wochenstunden endlich auf die verbeamteten Lehrkräfte übertragen wird. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Senkung der Pflichtstunden.